

## Rede zum Niedriglohnsektor (Plenarsitzung vom 15.05.2008)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Jetzt hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel das Wort.

**Rüdiger Sagel\*** (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Diese Debatte erfolgt hier nicht undercover à la Wallraff, sondern eher underground. Auch die Grünen bleiben auf der dunklen Seite, wenn es um die Hartz-Gesetze geht, die weg müssen.

*(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben doch mitbeschlossen!)*

Besonders amüsant ist natürlich immer wieder unser Arbeitsminister – der größte Schaumschläger hier im Land; so kann man ihn bezeichnen –, der immer besonders laut brüllt. Selbst bei leerem Plenum brüllt er, als hätte ihn ein Stier irgendwie auf den Hörnern.

*(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie haben ihn nicht verstanden! Schwerhörig?)*

– Sie haben ihn nicht verstanden?

*(Josef Hovenjürgen [CDU]: Nein, Sie haben ihn nicht verstanden!)*

– Ich verstehe ihn ganz gut. Ich verstehe ihn eigentlich auch ganz gut, wenn er in normaler Lautstärke redet, aber normal reden kann er ja gar nicht. Die Vollbeschäftigten, von denen er hier redet, sind prekäre Arbeitsverhältnisse. Es sind schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse. Das ist die Situation, die wir hier vorfinden. Von Armut trotz Arbeit sind in der Bundesrepublik immer mehr Menschen betroffen.

Rund 6,5 Millionen Menschen arbeiten zu Niedriglöhnen. Damit hat die Niedriglohnbeschäftigung seit 1995 um gut 43 % zugenommen.

In der Bundesrepublik ist Niedriglohnbeschäftigung weit verbreitet und nimmt beständig zu. Bereits 36 % der Vollzeitbeschäftigten arbeiten heute im Niedriglohnsektor. Davon erhalten rund 12 % sogar Armutslöhne.

Besonders davon betroffen sind Frauen. Sie arbeiten häufiger in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen und verdienen generell weniger als Männer. Auch Teilzeitbeschäftigte und Minijobberinnen sind überdurchschnittlich häufig von niedrigen Löhnen betroffen. Im Minijobbereich sind Niedriglöhne sogar fast die Regel. Das ist die Realität, die wir hier vorfinden.

Die gesetzliche Förderung ungesicherter, schlecht entlohnter Beschäftigungsverhältnisse durch die Bundesregierungen unter Schröder und Merkel treibt immer mehr Menschen trotz Arbeit in Armut. Mit den Hartz-Gesetzen der Allparteienkoalition aus SPD, Grüne, CDU/CSU und FDP wurde der Druck auf Arbeitslose, schlechter bezahlte Arbeitsplätze zu akzeptieren, weiter erhöht.

*(Sigrid Beer [GRÜNE]: Rüdiger, so etwas muss man wenigstens besser vorlesen!)*

Daran ändert sich nichts. Auch die Grünen haben keinen Kurswechsel in der Frage vollzogen. Vielmehr ist es so: Wenn man sich diesen Antrag sehr genau anschaut,

stellt man fest, dass an Hartz weiter festgehalten wird. Man will zwar einige Verbesserungen, aber man will nicht, dass die Hartz-Gesetze verschwinden. Immer mehr Beschäftigte verdienen so wenig, dass sie auf zusätzliche Sozialleistungen nach dem SGB II angewiesen sind. Im Jahr 2006 waren es 880.000 Erwerbstätige. Mittlerweile stieg die Zahl 2007 auf durchschnittlich 1,3 Millionen. Das ist die Entwicklung, wobei es Studien gibt, die zu der Zahl kommen, dass mindestens 2,9 Millionen Personen längst Anspruch auf zusätzliche ALG-II-Leistungen hätten.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Sagel, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Beer?

**Rüdiger Sagel**<sup>n</sup> (fraktionslos): Ach, das ist uninteressant, was die erzählt.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Also nein.

*(Heiterkeit von Sigrid Beer [GRÜNE])*

**Rüdiger Sagel**<sup>n</sup> (fraktionslos): Dieser Zustand ist unannehmbar. Ein gesetzlicher Mindestlohn ...

*(Zurufe von SPD und GRÜNEN)*

– Nein, die Grünen hatten Zeit genug, hier ihre Sachen abzulassen. Ein Mindestlohn muss gesetzlich verankert werden. Denn existenzsichernde Löhne können mit einer ausschließlichen Festlegung der Löhne durch die Tarifparteien gegenwärtig nicht für alle Beschäftigten erreicht werden. Deswegen brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn, der existenzsichernd sein muss. Wir brauchen auch eine repressionsfreie Grundversorgung für alle. All das sind Punkte, die Sie hier bisher nicht wollen. Wie gesagt: Es ist so, wie es ist, und das ist sehr bedauerlich.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Meine Damen und Herren, wir sind jetzt am Ende der Beratung. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.